

**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 30. Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen (B/030/2019)**

**am Mittwoch, 5. Juni 2019,**

**16:30 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 1, 1. Etage, Raum 13,  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 16:30 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:30 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzende**

Beate Kursitza-Graf

**stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen**

Silvana Wendt

Anja Apel

Dr. Peter Müller

Jens Genschmar

Jan Kaboth

**stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige**

Birgitt Prella

**nicht stimmberechtigte Mitglieder**

Manuela Scharf

**Abwesend:**

**stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen**

Dr. Cornelia Hähne

Markus Ebert

**stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige**

Stephan Fischer

Regina Möhr

Andree Reininger

**nicht stimmberechtigte Mitglieder**

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

**Verwaltung:**

Frau Wyzisk

Herr Pfeil

Herr Wittstock

Sozialamt

Stadtplanungsamt

Stadtplanungsamt

**Schriftführerin:**

Frau Rößler

**T A G E S O R D N U N G****öffentlich**

- 1 Kontrolle der Festlegungen aus der letzten Sitzung
- 2 Sonderprogramm barrierefreie Bushaltestellen 2019 **V2888/19  
beratend**
- 3 Sozialen Wohnungsbau mit ökologisch und städtebaulich innovativem Quartier voranbringen - Aufstellungsbeschluss für Globus-Markt am Leipziger Bahnhof aufheben **A0597/19  
beratend**
- 4 Zusätzliche Fördermittel für barrierefreie Arztpraxen (Programm "Lieblingsplätze für alle" - Stellungnahme des Beirates)
- 5 Berichterstattung der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen
- 6 Rückblick auf die Beiratsarbeit in dieser Wahlperiode
- 7 Sonstiges

**nicht öffentlich**

- 8 Sonstiges

**Frau Kursitza-Graf** eröffnet und leitet nach Vorliegen der Beschlussfähigkeit die 30. Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen. Es gibt keinen Widerspruch zur form- und fristgerechten Ladung.

## **1 Kontrolle der Festlegungen aus der letzten Sitzung**

**Frau Kursitza-Graf** weist darauf hin, dass in der letzten Sitzung keine Festlegungen getroffen worden seien.

## **2 Sonderprogramm barrierefreie Bushaltestellen 2019**

**V2888/19  
beratend**

**Herr Wittstock**, Stadtplanungsamt, begründet und erläutert die Vorlage anhand einer Präsentation (Anlage zur Niederschrift).

Auf Nachfrage von **Frau Stadträtin Apel** informiert **Herr Wittstock**, wie die Absprachen mit den Verbänden erfolgt seien.

**Herr Dr. Müller** möchte wissen, ob man die Testhaltestellen und die Kriterien schon ausgewählt habe. Wie stuft man jetzt die Bushaltestelle Schneebergstraße ein?

**Herr Wittstock** berichtet, dass man hierzu noch nichts abgestimmt und festgelegt habe. Man bespreche es nach erfolgter Beschlussfassung der Vorlage.

**Herr Dr. Müller** weist darauf hin, dass man die Expertise aus Sicht der Betroffenen mit einbeziehen könne.

**Herr Wittstock** nimmt den Hinweis mit.

**Herr Pfeil**, Stadtplanungsamt, führt aus, dass bei der Haltestelle Schneebergstraße erstmalig für den Profilbord ein Stein aus Granit eingebaut worden sei, der die gleiche Form habe, wie der Haltestellenformstein aus Beton. Der Verschleiß wäre deutlich geringer. Seines Wissens entspreche die Haltestelle dem aktuellen Standard und werde als vollständig barrierefrei eingestuft.

**Herr Dr. Müller** bemerkt, dass das für den nördlichen Bereich der Haltestelle nicht zutreffen würde. Dort habe sich gegenüber dem vorherigen Zustand nicht viel geändert.

**Herr Pfeil** äußert, dass er das ad hoc nicht beantworten könne und die Thematik mitnehme.

**Frau Prella** fragt, ob langfristig geplant wäre, auch die teilweise barrierefreien Haltestellen vollständig barrierefrei zu machen.

**Herr Wittstock** legt dar, dass das ein relativ hoher Aufwand sei. Es könnte z. B. sinnvoll sein, wenn man sage, dass man Strecken mittelfristig oder möglicherweise in 10 Jahren auf Straßenbahn umstellen wolle. Das Ziel sei immer die diskutierte Liste.

**Frau Stadträtin Wendt** macht auf das Problem in den Randlagen von Dresden aufmerksam. Zumindest im Dresdner Norden habe man mittlerweile wieder Busse, z. B. die Buslinie 308, wo man aufgrund der Stufen nicht barrierefrei hinein- und herauskomme. Sie regt eine Empfehlung des Beirates an, dass die Stadt künftig auch bei Ausschreibungen darauf achten sollte, dass barrierefrei zugängliche Busse ausgewählt werden.

**Herr Wittstock** antwortet, dass in der AG auch Busunternehmen vertreten waren. Es sei beabsichtigt, dass die Fahrzeuge schrittweise angepasst werden. Das Problem wären die Randbereiche von Dresden, wo nicht die Dresdner Verkehrsbetriebe AG (DVB AG) fahren und teilweise Buslinien nicht in der Hoheit der Landeshauptstadt Dresden liegen. Man habe das Thema kommuniziert und versuche, es weiter zu verfolgen.

**Frau Kursitza-Graf** bemerkt, dass es nochmals ein wichtiger Punkt für die Fortschreibung des Aktionsplanes sei.

**Frau Stadträtin Apel** regt an, möglicherweise den Verkehrsverbund Oberelbe (VVO ) und die DVB AG in den Beirat einzuladen, um nochmals ins Gespräch zu kommen und die Problemfelder zu benennen.

**Herr Wittstock** erläutert, dass das Konzept gegenwärtig neu bearbeitet werde. Der Landkreis Bautzen wolle zu gegebener Zeit das gesamte Busnetz neu vergeben und man gehe davon aus, dass sich das in diesem Zuge nochmals ändere.

**Frau Stadträtin Wendt** fragt, ob man Einfluss nehmen könne.

**Frau Scharf**, Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, bemerkt, dass man das Problem mitnehmen und auch an die Behindertenbeauftragte des Landkreises Bautzen herantragen könne. Sie bittet hierzu um eine Zuarbeit mit so konkret wie möglichen Praxisbeispielen.

**Herr Dr. Müller** meint, dass in den Ausschreibungen Barrierefreiheit mit enthalten sein sollte.

**Herr Wittstock** führt aus, dass das die Verwaltung entsprechend übermittele. Er weist darauf hin, dass im gesamten VVO-Gebiet die Buslinien Linienbündeln zugeordnet seien. Die Landeshauptstadt Dresden habe drei Bündel (DVB AG, Bereich Ost, Bereich West).

**Herr Stadtrat Kaboth** unterstützt ein Signal seitens des Beirates, dass bei jeder Ausschreibung auf die Barrierefreiheit geachtet werden müsse.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zur Vorlage.

Die Vorsitzende schlägt vor, die Vorlage mit folgender Ergänzung zur Abstimmung zu bringen:

„Bei Ausschreibungen von Busstrecken ist unbedingt darauf zu achten, dass barrierefreie Busse als Verkehrsmittel gefordert werden.“

**Herr Stadtrat Kaboth** schlägt die Erweiterung vor, dass die angrenzenden Verkehrsverbände dazu angehalten werden, bei den Ausschreibungen auch darauf zu achten.

**Herr Wittstock** regt an, aus fachlicher Sicht zu formulieren, dass es auch für ein- und ausbrechende Linien auf dem Territorium der Landeshauptstadt Dresden gelte.

**Frau Kursitza-Graf** stellt die Vorlage einschließlich der Ergänzung zur Abstimmung. Der Beirat ist beratend tätig.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden nimmt die Information zum Stand der Barrierefreiheit im Öffentlichen Personennahverkehr gemäß Anlage 1 zur Kenntnis.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Sonderprogramm zum barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen umzusetzen. Dafür ist die Prioritätenliste gemäß Anlage 2 zugrunde zu legen. Veränderungen dieser Liste sind mit den Behindertenverbänden sowie den betroffenen Stadtbezirksbeiräten oder Ortschaftsräten abzustimmen und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften zur Kenntnis zu geben.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als vereinfachte, schnell wirksame Maßnahme für mobilitätseingeschränkte Menschen, Teilanhebungen von Bushaltestellen zu prüfen. Diese sind an drei Haltestellen testweise umzusetzen. Die Ergebnisse dieses Tests sind mit einem Vorschlag zur weiteren Verfahrensweise dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften vorzulegen.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, günstige und schnell wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Erreichbarkeit von Bushaltestellen durch blinde und sehgeschwache Menschen umzusetzen. Dazu ist ein Nachrüstprogramm für Auffindestreifen an Bushaltestellen, die eine gebundene Befestigung aufweisen, zu erarbeiten und umzusetzen.
5. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden bestätigt die Verwendung von 1,5 Millionen Euro aus den Stellplatzablösemitteln zur Eigenmittelfinanzierung des Sonderprogramms barrierefreie Bushaltestellen.
6. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden nimmt den Bedarf von zwei zusätzlichen Stellen im Straßen- und Tiefbauamt für die Umsetzung des Sonderprogramms barrierefreie Bushaltestellen zur Kenntnis, die aus dem Stellenpool (Projektpool) bereitgestellt werden.

7. Bei den Ausschreibungen von Busstrecken ist unbedingt darauf zu achten, dass barrierefreie Busse als Verkehrsmittel gefordert werden. Das gilt auch für ein- und ausbrechende Linien auf dem Territorium der Landeshauptstadt Dresden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Ergänzung  
Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

- |          |   |                              |
|----------|---|------------------------------|
| <b>3</b> | <b>Sozialen Wohnungsbau mit ökologisch und städtebaulich innovativem Quartier voranbringen - Aufstellungsbeschluss für Globus-Markt am Leipziger Bahnhof aufheben</b> | <b>A0597/19<br/>beratend</b> |
|----------|---|------------------------------|

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt, weil aufgrund der Beratungsfolge eine heutige Behandlung im Beirat noch nicht gegeben sei.

- VERTAGUNG

- 4**      **Zusätzliche Fördermittel für barrierefreie Arztpraxen (Programm "Lieblingsplätze für alle" - Stellungnahme des Beirates**

**Herr Pfeil** informiert, dass der Freistaat Sachsen angekündigt habe, das Förderprogramm „Lieblingsplätze für alle“ für ganz Sachsen um insgesamt 1 Mio. Euro aufzustocken, um damit vorrangig die Barrierefreiheit von Arztpraxen und Zahnarztpraxen zu fördern. Für die Landeshauptstadt Dresden würde das einem Anteil von zusätzlich 90 000 Euro entsprechen, wenn der Verteilerschlüssel nicht verändert werde. Er weist darauf hin, dass nach den Förderbedingungen alle Maßnahmen bis zum Jahresende schlussgerechnet sein müssen. Die Verwaltung habe starke Bedenken, dass eine Umsetzung realistisch sei, wenn man jetzt ein neues Antragsverfahren starten würde und sich die Förderbedingungen nicht ändern. Der Freistaat habe angekündigt, dass das Geld auch Nachrückern aus den vorhandenen Listen zu Gute kommen könne, wenn es nicht möglich sei, es für Arztpraxen auszugeben.

Bei den bisher vorliegenden Anträgen gebe es zwei Maßnahmen im Bereich des Diakonissenkrankenhauses. Er nimmt Bezug auf die verteilte Liste, in der man noch einen weiteren Antrag (Maßnahme 40) ergänzt habe, der nicht fristgerecht eingegangen war. Es werde vorgeschlagen, diese drei Anträge mit den zusätzlichen Mitteln bevorzugt zu behandeln und das verbleibende Geld für Nachrückermaßnahmen aus der im Beirat schon bestätigten Maßnahmenliste zu verwenden. Er bittet dazu um eine Stellungnahme des Beirates.

**Herr Stadtrat Kaboth** fragt, wie viel Maßnahmen bei 90 000 Euro möglich wären.

**Herr Pfeil** antwortet, dass eine Einzelmaßnahme maximal mit 25 000 Euro gefördert werden könne. Es müsse jedoch nicht jede Maßnahme die volle Summe ausschöpfen.

**Frau Kursitza-Graf** bemerkt, dass die drei enthaltenen Maßnahmen mit insgesamt 70 000 Euro dotiert seien. Es wären dann noch 20 000 Euro für ein bis maximal zwei Nachrückerprojekte frei.

**Herr Pfeil** informiert, dass noch keine genauen Rahmenbedingungen für diese Mittelaufstockung benannt seien. Er würde trotzdem für die schon vorgeschlagene Verfahrensweise plädieren.

**Frau Prella** weist darauf hin, dass man nicht mehr als die 20 000 Euro zur Verfügung stellen sollte, denn es sei ohnehin schwer, das Geld mit vorhandenen Angeboten noch so zu verbauen, dass es zum Jahresende abgerechnet werden könne.

**Herr Stadtrat Kaboth** fragt, ob es sinnvoll sei, wenn der Beirat um eine Verlängerung der Fristen bittet.

**Herr Pfeil** bemerkt, dass es dann Sinn machen würde, wenn nochmals ein neues Verfahren eröffnet werde. Wenn man aus der bestehenden Maßnahmenliste die Nachrücker nehme, werde keine Fristverlängerung benötigt.

**Herr Stadtrat Kaboth** meint, dass eine Umsetzung in acht Monaten undenkbar sei und erklärt persönlich, dass er das für nicht gut und schwer nachvollziehbar halte.

**Frau Kursitza-Graf** stellt folgende Formulierung zur Abstimmung:

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen trägt die von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahrensweise mit, die zusätzlichen Fördermittel auf der Grundlage der schon bestätigten Prioritätenliste zu vergeben, d. h. die darin befindlichen drei Arztpraxen bzw. Gesundheitseinrichtungen zu bevorzugen und die restlichen Mittel für Nachrücker zu verwenden (Schreiben des Stadtplanungsamtes vom 23. Mai 2019, Anlage 1).

Abstimmung: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

**Die Vorsitzende** bittet, die Hinweise aus der Diskussion in das Gespräch beim Freistaat Sachsen am 28. Juni 2019 mitzunehmen. Sie geht davon aus, dass es nächstes Jahr im regulären Verfahren laufe und genügend Zeit für die Umsetzung bestehe.

## **5 Berichterstattung der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen**

**Frau Scharf**, Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, verteilt an die Mitglieder des Beirates eine Zusammenfassung der Arbeitsschwerpunkte und eine Maßnahmenliste zur „Kommunikationsoffensive“ 2019. Im Haushalt seien wieder 100 000 Euro zur Verfügung gestellt worden. Im März 2019 hatte man schon Anträge in Höhe von 230 000 Euro vorliegen. In der Liste wäre grau hinterlegt, was man zurückstellen oder ablehnen würde. Sie weist darauf hin, dass nicht nur Kommunikationsmaßnahmen beantragt worden seien, sondern auch größere Baumaßnahmen. Der Vorschlag sei abgestimmt mit der AG Bau, barrierefreies Planen und Bauen.



Perspektivisch werde sie verstärkt in die Ämter wirken, was die eigene Mittelverteilung betreffe. Es müsse geschaut werden, dass z. B. die Mittel für Gebärdensprache auf Veranstaltungen im normalen Haushalt enthalten seien und man dafür nicht diese besonderen Fördermittel verwende.

**Frau Stadträtin Apel** fragt, wie der Braille-Drucker genutzt werde.

**Frau Scharf** erläutert, dass es momentan stocke, weil niemand die Verantwortung übernehme. Es wäre gut, wenn Anfragen kämen und man testen könne. Das Beispiel Flyer sei sehr schwer.

**Frau Wyzisk**, Sozialamt, bemerkt, dass Flyer in den seltensten Fällen über Kopieraufträge innerhalb der Verwaltung hergestellt würden. Der Drucker in der Stadt werde nur die Aufträge übernehmen, die man nicht an ein Unternehmen vergebe.

**Herr Dr. Müller** meint, dass man das auch mit dem Verband über die Selbsthilfe abstimmen könne. Er weist darauf hin, dass blinden Menschen die Teilnahme an den Kommunalwahlen ohne Hilfe nicht möglich gewesen sei. Das dürfe nicht wieder passieren.

**Frau Scharf** äußert, dass sie das angesprochene Problem bezüglich der Kommunalwahlen mitnehme und nochmals recherchiere.

**Frau Kursitza-Graf** meint, dass in diesem Jahr keine Mittel der „Kommunikationsoffensive“ übrig bleiben werden, weil es genügend Nachrückerprojekte gebe, wenn eine Maßnahme nicht zustande kommen sollte.

**Frau Scharf** bestätigt das.

## 6 Rückblick auf die Beiratsarbeit in dieser Wahlperiode

**Frau Kursitza-Graf** ist der Meinung, dass der Beirat eine Reihe von Themen bearbeitet und Erfolge zu verzeichnen habe. Sie erinnert an die Befassung mit dem Inhalt der verschiedenen Handlungsfelder des Aktionsplanes. Mit Unterstützung des Stadtrates sei die „Kommunikationsoffensive“ auf den Weg gebracht und eine Reihe von Einzelthemen bearbeitet worden. Nicht gelungen sei es, in der Beiratsrunde mit dem Oberbürgermeister ins Gespräch zu kommen. Man hatte immer wieder Themen dafür gesammelt. Das sollte auch für den neuen Beirat ein Punkt sein.

**Frau Stadträtin Apel** verweist z. B. auf die Umsetzung von zehn barrierefreien Haltestellen, die Teilnahme von Gebärdendolmetscherinnen/Gebärdendolmetschern in Stadtratssitzungen, den im Beirat ausführlich diskutierten und im Stadtrat beschlossenen Antrag einfache und leichte Sprache sowie die erreichte Finanzierung der Volkshochschulkurse in diesem Doppelhaushalt.

Es wäre gelungen, in vielen Bereichen die Belange behinderter Menschen ins Bewusstsein zu rücken. Es müsste von vornherein mehr bedacht werden, Vorlagen/Anträge an den Beirat zu überweisen, wenn es Belange behinderter Menschen betreffe. Es sei die Wohnberatungsstelle geschaffen worden, was auch der Wunsch des Beirates war. Es müsse noch mehr darauf geschaut werden, dass auch das Wohnumfeld passe, wenn neu gebaut werde und die Belange behinderter Menschen stärker Beachtung finden. Sie meint, dass im Stadtrat eine offener Situation für die Belange behinderter Menschen entstanden sei. Aus ihrer Sicht wären die Fortschritte in den letzten fünf Jahren deutlich größer, als in den fünf Jahren davor.

**Herr Dr. Müller** legt dar, dass man darüber nachdenken müsse, wie weit Beirat und Stadtrat vom Lebensalltag entfernt seien. Es wäre hier noch viel zu tun, wenn man über Demokratie rede. Er halte den Aktionsplan für den falschen Weg, um die Gleichstellung Behinderter praktisch herzustellen. Er meint, dass man von den eigentlichen Problemen abgelenkt werde. Beim Thema Wohnen hätte er sich mehr Gemeinsamkeit auch mit anderen Beiräten gewünscht. Im Seniorenbeirat habe man eine AG Wohnen/Wohnberatung gegründet und von vornherein darauf geachtet, dass dort nicht nur Beiratsmitglieder vertreten seien, sondern auch Seniorenexperten. Zu Beginn der Wahlperiode hatte er das auch für den Behindertenbereich angeboten.

Die Quartiersbezüge wären ein zentraler Punkt, wo sich in Dresden mehr bewegen könne. Es gehe auch um die Gestaltung von Sozialräumen. Das sei möglicherweise eine Aufgabe für den nächsten Beirat, neben dem Thema Wahlen (Handlungsfeld 7). Seiner Meinung nach spiele die Stimme der Betroffenen im Beirat eine zu geringe Rolle.

**Frau Kursitza-Graf** äußert sich zur Frage, wie es gelinge, Betroffene immer wieder einzubeziehen oder zu beteiligen. Sie könne nicht sagen, ob es der Weg sei, nochmals Unterarbeitsgruppen zu bilden. Die enge Anbindung an die Stadt-AG solle die Rückkopplung und diesen Austausch ermöglichen. Es sei schwierig, immer wieder Menschen zu mobilisieren, für bestimmte Themen einzustehen.

Die Vorsitzende meint, dass die Situation etwas anders sei, als im Seniorenbereich. Es würden viele Aufgaben und anstehende inhaltliche Arbeitsfelder auf wenigen Schultern lasten und die Frage sei, wie eine bessere Verteilung gelinge. Diese Frage würde sich insgesamt stellen. Es wäre nicht nur eine Frage des Beirates.

**Frau Prella** meint, dass man über die Stadt-AG das Forum und Netzwerk habe, wo man sich untereinander vorbereite und immer wieder reflektiere, was an wichtigen Themen anstehe und was man in die Politik tragen sollte. Es gehe nicht um Einzelfälle. Aus ihrer Sicht müsse man das trennen. Es sei sehr schwer, die eigene Betroffenheit von den grundsätzlichen Problemen auseinanderzuhalten.

**Frau Stadträtin Apel** weist darauf hin, dass man sich viel mit dem Thema Integration/Inklusion in Schule und Kindertageseinrichtungen beschäftigt habe. Es wäre gelungen, die Koordinierungsstelle Schulische Inklusion von einer halben Stelle auf eine Stelle zu erhöhen. Der Beirat sei informiert worden, dass der Beratungsbedarf gestiegen wäre. Der Beirat habe hier nichts bewirken können, weil man nicht genügend Platzkapazität schaffe, um die Situation in den Klassen zu verbessern (Anzahl der Kinder). In den Kindertageseinrichtungen würden eigene Akzente gesetzt und es sei eine sehr positive Entwicklung begonnen worden. Man müsse weiter an dem Thema bleiben.

**Herr Dr. Müller** bemerkt, dass er zwischen Selbsthilfe und Selbstvertretung unterscheiden würde. Er halte es für zu kurz betrachtet, nur immer die Selbsthilfe im Blick zu behalten. Es gebe genügend Leute, die nicht in der Selbsthilfe seien und sich auch als Betroffene trotzdem engagieren. Das wäre auch hinsichtlich der Ausschreibung für den nächsten Beirat für Menschen mit Behinderungen zu bedenken. Er halte es für problematisch, dass die sachkundigen Bürgerinnen/Bürger über die Stadt-AG besetzt werden.

**Frau Wyzisk**, Sozialamt, nimmt Bezug auf die Hauptsatzung, in der das Verfahren zur Besetzung des Beirates geregelt sei. Sie informiert, dass man sich bei der Stadt bewerben könne. Die eingereichten Bewerbungen würden dann an die Stadt-AG übergeben. Die Auswahl treffe nicht die Verwaltung, wie es beim Seniorenbeirat der Fall sei, sondern das Vorschlagsrecht obliege der Stadt-AG. Der Oberbürgermeister bringe diese Vorschläge in den Stadtrat ein. Es liege nicht allein auf den Schultern der Stadt-AG, wer im Beirat als sachkundige Einwohnerin oder sachkundiger Einwohner mitarbeiten könne.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

## **7 Sonstiges**

**Frau Kursitza-Graf** nimmt Bezug auf eine Information der stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes der Körperbehinderten. In der Fahrdienstkommission sei mitgeteilt worden, dass das Sachgebiet Soziale Leistungen vom Ferdinandplatz auf die Lingner Allee 3 ziehen solle. Seitens der Fahrdienstkommission werde der Vorschlag abgelehnt, weil dort die Räumlichkeiten schlechter zugänglich seien. Das Sachgebiet habe viel Publikumsverkehr, insbesondere viele mobilitätseingeschränkte Antragstellerinnen und Antragsteller.

**Frau Wyzisk**, Sozialamt, weist darauf hin, dass der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften für die Verwaltungsstandorte zuständig sei.

**Frau Prella** berichtet, dass sich die Behindertenstellplätze auf der Lingner Allee tief im Sand befinden würden und man nicht allein vorwärtskomme. Die Rampe sei sehr kurz und steil und habe eine Kurve. Es wäre ein ungeeigneter Standort.

**Frau Kursitza-Graf** meint, dass man an die zuständige Stelle herantreten sollte.

**Frau Stadträtin Apel** regt an, eine Festlegung zu treffen, dass der Beirat mit diesem Wechsel nicht einverstanden sei. Sie meint, dass der Umzug nur erfolgen könnte, wenn die Barrierefreiheit gesichert wäre.

**Die Vorsitzende** stellt folgende Festlegung zur Abstimmung:

Der Beirat für Menschen mit Behinderungen fordert die Verwaltung auf, den Umzug des Sachgebietes Soziale Leistungen (Schwerbehindertenrecht/Schwerbehindertenfahrdienst) vom Ferdinandplatz auf die Lingner Allee zurückzunehmen und barrierefreie Zugänglichkeit und Räumlichkeiten für dieses Sachgebiet zur Verfügung zu stellen. Der Beirat schlägt vor, das Sachgebiet auf dem Ferdinandplatz zu belassen.

Abstimmung: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Zuständig: GB Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

**Frau Kursitza-Graf** beendet die Sitzung des Beirates.

Beate Kursitza-Graf  
Vorsitzende

Karin Rößler  
Schriftführerin

Anja Apel  
Stadträtin

Silvana Wendt  
Stadträtin